

## **Antrag**

**der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Steffen Bockhahn, Dr. Martina Bunge, Roland Claus, Heidrun Dittrich, Klaus Ernst, Diana Golze, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Jens Petermann, Yvonne Ploetz, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Obdach- und Wohnungslosigkeit erkennen und bekämpfen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die vom Deutschen Bundestag angenommene Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Bundestagsdrucksache 13/1848, Nummer 3), die die Obdachlosigkeit als eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung beschreiben und Empfehlungen zu Programmen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit geben, haben an Aktualität nichts eingebüßt. Auch 18 Jahre später gilt: „In der Bundesrepublik nimmt [...] die Zahl der Menschen zu, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, ihre Wohnungen zu halten oder nach Verlust des eigenen Wohnraums Zugang zu neuen Wohnungen zu finden.

Die betroffenen Menschen bedürfen stärkerer ideeller und materieller Hilfestellungen der gesamten Gesellschaft. Trotz teilweiser unterschiedlicher Vorstellungen der Fraktionen in der Wohnungs- und Sozialpolitik sieht der Deutsche Bundestag dringenden Handlungsbedarf.“

Der Deutsche Bundestag ist wie schon im Jahr 1995 auch 2013 der Auffassung, dass die Einführung einer bundesweiten Wohnungslosenstatistik eine entscheidende Voraussetzung ist für die wirkungsvolle Umsetzung zukünftiger Maßnahmen und Programme gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland.

Der Deutsche Bundestag muss im Jahr 2013 feststellen, dass die Aufforderung des Deutschen Bundestages in der Bundestagsdrucksache 13/1848 im Wesentlichen folgenlos blieb. Auch wenn eine Projektgruppe unter Leitung des Statistischen Bundesamtes zu der Erkenntnis kam, dass Wohnungsnotfälle statistisch erfassbar sind, unterließen es seit dem alle Bundesregierungen, eine bundesweite Wohnungsnotfallstatistik einzuführen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die nachfolgend wiederholten Forderungen aus der Bundestagdrucksache 13/4848 zeitnah umzusetzen:

1. gemeinsam mit den Ländern die Grundlage für bundesweite Wohnungslosenstatistiken in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen,
2. gemeinsam mit den Ländern den Wohnungsbau bedarfsgerecht zu sichern, insbesondere den sozialen Wohnungsbau,
3. das Problemfeld Obdachlosigkeit weiter wissenschaftlich zu untersuchen und
4. Modellprojekte zur Errichtung neuen und zur Sanierung leer stehenden Wohnraums mit Hilfe der von Obdachlosigkeit Betroffenen zu fördern, um Wohnungslosen Wohnraum, soziale Verantwortung und Arbeit gleichzeitig zu verschaffen.

Berlin, den 17. April 2013

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**